



Die Politische Ökonomie des Populismus

Von Martin Höpner | 12.12.2018

Philip Manows neues Buch ist Analyse und Streitschrift zugleich. Und die liefert eine überzeugende Erklärung für die eigentümliche Nord-Süd-Spaltung der europäischen Erscheinungsformen des Populismus.

Für das politische Buch in deutscher Sprache war 2018 ein gutes Jahr. Andreas Nölkes „Linkspopulär“, Michael Brönings „Lob der Nation“, Nils Heisterhagens „Die liberale Illusion“ und „Gescheiterte Globalisierung“ von Heiner Flassbeck und Paul Steinhardt – das war eine bemerkenswerte Häufung starker Bücher, die nicht nur wertvolle Analyse leisten, sondern auch politische Orientierung geben wollen. Rechtzeitig zum Jahresende kommt nun ein weiteres *must read* auf den Büchermarkt: [Philip Manows „Die Politische Ökonomie des Populismus“](#) (edition suhrkamp, 177 Seiten, 16,- Euro).

Auch dieses Buch ist Analyse und Streitschrift zugleich. Die wissenschaftliche Analyse steht klar im Vordergrund. Man merkt dem Autor gleichwohl an, dass sich in ihm neben politikwissenschaftlichem Interesse Wut aufgestaut hat. Genau das macht die Lektüre zu einer nicht nur lehrreichen, sondern auch fesselnden und kurzweiligen Angelegenheit. Als selbstgerecht, elitär, interessengleitet und zudem kontraproduktiv empfindet der Autor den gängigen Umgang mit dem, was gemeinhin als „Populismus“ zusammenfasst wird. Aber hören wir Manow selbst:

„Bei den Diskussionen, die momentan unter dem Oberbegriff ‚Populismus‘ geführt werden, gewinnt man mitunter den Eindruck, hier gäben vornehmlich Repräsentanten der Oberschicht zu Protokoll, wie sehr sie mittlerweile von der Unterschicht

angewidert sind“ (Seite 26).

Kulturfixierte Deutungen des Phänomens sind Manow zuwider. Man kennt sie etwa wie folgt unterlegt: Wenn es keine enge Korrelation zwischen der Wahlentscheidung für die AfD und der Arbeitslosigkeit gibt, dann müssen die Wähler schlicht Fremdenfeinde sein. Manow beharrt darauf, dass die unterschiedlichen Formen des Populismus sozioökonomische Konflikte zur Grundlage haben – wobei er nicht bestreitet, dass jedes (ökonomische oder anderweitige) Problem der Kulturalisierung bedarf, um politischer Mobilisierung zugänglich zu sein. Dieser Schritt nimmt den Konflikten aber nicht ihre sozioökonomische Tiefengrammatik.

Ebenso vehement wendet sich Manow gegen die Deutung des Populismus als politische Form ohne Inhalt. Hier, so der Autor, verkommt Analyse zur Stilkritik und legitimiert scheinbar eine Form der Abwehr, die sich für Inhalte von vornherein nicht zu interessieren braucht. „Insbesondere“, so Manow,

„vermeidet man es so, grundlegende Verteilungs- und Knappheitsfragen zu thematisieren, etwa Fragen nach den Gewinnern und Verlierern von Weltoffenheit und Mitmenschlichkeit“, Fragen, die zu stellen eine Mittelschicht nicht länger für schicklich hält, in deren lebensweltlicher Realität Knappheit nicht mehr prominent vorkommt“ (Seite 30).

Selbstverständlich, so Manow, hat populistischer Protest Inhalt. Man muss nur hinhören, was die Leute sagen. Dieser Umstand entgeht freilich auch den Kritikern nicht. Nur dass sie genau jene Diskursohoheit für sich beanspruchen, die es ihnen vermeintlich erlaubt, unangenehme Inhalte aus dem öffentlichen Diskurs zu verbannen. Nicht die Populisten, sondern ihre Kritiker verhalten sich hier antiliberal und antipluralistisch.

Auch warnt Manow vor überbordender Moralisation. Auffällig ist jedenfalls, so sein Einwand, dass sich die emphatischsten Bekenntnisse zu maximaler kosmopolitischer Moral gerade bei denen finden, die vom Kosmopolitismus am meisten profitieren. Der Moraldiskurs wird damit zur Alltagswaffe in einer Auseinandersetzung um Verteilungsfragen. Statt inhaltlich für den Kosmopolitismus zu streiten, erlaubt es der Moraldiskurs, lediglich die Verrohung der Liberalisierungsverlierer zu beklagen. Eine Elite, die sich nicht in der Lage sieht, diese Auseinandersetzungen anders als im Register der Moral zu führen, so Manow, versagt. Auch im Fachdiskurs:

„Für substanzielle Teile der Sozialwissenschaften scheint das Problem tatsächlich darin zu bestehen, dass Arbeiter keine Akademiker sind“ (Seite 32).

Manows Fach ist die Vergleichende Politische Ökonomie, sein methodischer Zugang der Länder- und Regionenvergleich. Der Ausgangspunkt seiner Argumentation ist die in den vergangenen zwei bis drei Dekaden vollzogene Intensivierung von Globalisierung und Marktschaffung. Hierzu zählen die Vervollständigung des Binnenmarktprogramms, die extensiven Interpretationen der europäischen Grundfreiheiten

und des Wettbewerbsrechts, der Euro, die EU-Binnenmigration und die Migration von außerhalb. Im Prinzip betrafen (vom Euro, dem einige Länder fernblieben, einmal abgesehen) diese Entwicklungen alle EU-Mitglieder gleichermaßen. Die Implikationen aber unterschieden sich von Land zu Land. Hier kommt die komparative Analyse ins Spiel. Die Marktschaffung, so Manow in Anknüpfung an Dani Rodrik, hat in unterschiedliche „Spielarten des Kapitalismus“ unterschiedliche Schneisen geschlagen. Daher unterscheiden sich auch die Gegenstände der Auseinandersetzungen, die Träger des Protests und die Protestverläufe von Land zu Land. Sets aber wird die Auseinandersetzung als Populismuskurs geführt.

Der Norden der Eurozone mit Deutschland im Kern hat vom Binnenmarktprogramm und vom Euro profitiert. Sie sind daher kaum Zielpunkte des Protests. Die Konflikte entzündeten sich an anderer Stelle: an der europäischen Personenfreizügigkeit und an der Migration von außerhalb. Sie werden als Bedrohungen des Wohlfahrtsstaats empfunden, weil die Konkurrenz um öffentliche Güter zunimmt und die Umverteilungspräferenzen bei zunehmender Einwanderung zurückgehen. Die Widerstände gegen diese Form der Marktschaffung, so Manow, äußern sich vor allem als Rechtspopulismus. So erklärt sich, warum sich der Rechtspopulismus auf den Norden der EU konzentriert.

In Südeuropa geschieht etwas anderes. Dort werden vor allem die Internationalisierung der Güter- und Kapitalmärkte als bedrohlich erlebt. Speziell haben die südeuropäischen Länder mit der Euro-Einführung die Geld- und Wechselkurspolitik preisgegeben, obwohl binnenorientierte Ökonomien diese Instrumente dringend brauchen. Die Knebelung der Fiskalpolitik tritt noch hinzu. Aus Sicht der Bürger verdichtet sich das alles zu einem überbordenden, ungesteuerten Kapitalismus. Das provoziert, anders als im Norden, linkspopulistische Widerstände. Im Ergebnis präsentiert Manow eine überzeugende Erklärung für die eigentümliche Nord-Süd-Spaltung der europäischen Erscheinungsformen des Populismus.

Von Einwanderung ist freilich nicht nur der Norden der EU betroffen. Warum entzündeten sich im Süden deutlich weniger Konflikte an der Migration und befeuern einen rechten Populismus? Manow zufolge liegt das sowohl an der Verfasstheit der südeuropäischen Wohlfahrtsstaaten als auch an der Struktur der dortigen Arbeitsmärkte. Die Wohlfahrtsstaaten sind im Süden weniger universell, klientelistisch und stärker Insider-orientiert. Solide Grundsicherungen fehlen etwa in Griechenland, Italien und Spanien bis heute. Die Ökonomien dieser Länder verfügen zudem über große informelle Sektoren. In diesen finden Migranten in der Regel schnell Arbeit, zu sehr geringen Löhnen und vor allem ohne Ansprüche auf sozialstaatliche Leistungen. Solche Wohlfahrtsstaaten sind – freilich auf beklagenswerte Art und Weise – migrationsrobust, die Migration verläuft quasi an ihnen vorbei.

In Großbritannien und in Osteuropa sind die Konflikte um Migration ausgeprägter. In den Zentren der Konflikte stehen aber mehr die Arbeitsmärkte als die Wohlfahrtsstaaten. In Osteuropa findet sich der Zuspruch für rechtspopulistische Parteien vor allem in den alten Zentren der Schwerindustrie und zudem auf dem Land, wo der EU-Beitritt den Agrarsektor schockartig der hochgezüchteten Landwirtschaft der alten EU-Länder ausgesetzt hat. In Frankreich, das sich als ein Mischtyp aus den nord- und südeuropäischen Wirtschafts- und Sozialregimen beschreiben lässt, finden wir sowohl rechts- als auch linkspopulistische Proteste vor. Bemerkenswert ist, wie gut Manows Erklärung auf den italienischen Fall passt, wo sich die Angst vor Migranten auf den Norden konzentriert, wohingegen

sich Migranten deutlich friktionsfreier in die informelle Ökonomie des Südens einfügen. In vollem Einklang damit finden wir in Norditalien die Lega Nord, in Süditalien hingegen die Fünf-Sterne-Bewegung vor.

Kurz, Manow nutzt Beobachtungen zur geographischen Verteilung unterschiedlicher Ausprägungen populistischen Protests, um aus ihnen eine allgemeine Theorie der Genese und der Erscheinungsformen der neuen Herausforderer der politischen Eliten zu entwickeln. Die Grundstruktur des Arguments hat mich vollständig überzeugt. Gleichwohl sei auch ein Einwand formuliert, oder sagen wir: eine nachdenkliche Note angefügt. Der Autor neigt dazu, jedes in den Daten vorgefundene Muster einer kausalen Erklärung zuzuführen. So auch den Umstand, dass sich in Deutschland unter den AfD-Wähler auffällig viele Facharbeiter aus jenen vergleichsweise wohlhabenden Regionen finden, in denen das „Modell Deutschland“ noch weitgehend intakt ist: aus Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen.

Es gibt, so Manow, nachvollziehbare, wiederum: politökonomische Gründe, warum der Rechtspopulismus in Deutschland insbesondere Arbeitsmarkt-Insider anspricht – also nicht zuvörderst jene, die bereits Globalisierungsverlierer sind, sondern jene, die etwas zu verlieren haben. Zunächst einmal stellt er fest, dass Deutschland im Vergleich etwa zu Großbritannien stärker von Fluchtmigration betroffen ist. Dieser Umstand trifft auf eine spezifische Vorgeschichte: auf den Hartz-Schock. Die Hartz-Reformen, so Manow, haben die Interessen der Facharbeiter massiv verletzt. Die Flüchtlingskrise stach in diese Konstellation. Die Arbeitsmarkt-Insider mussten nun befürchten, im Falle der Arbeitslosigkeit faktisch mit den Flüchtlingen gleichgestellt zu werden. In Großbritannien hingegen, so Manow, manifestiert sich die Migration vor allem als Arbeitsmigration, von der insbesondere die bereits jetzt prekär Beschäftigten und die Arbeitslosen betroffen sind, die nunmehr schwerer in den Arbeitsmarkt zurückfinden und außerdem verstärkt um Wohnraum und um öffentliche Dienstleistungen konkurrieren müssen.

Hier überzeugt mich die Deutung etwas weniger als in Bezug auf die Nord-Süd-Spaltung. Sollte die annähernde finanzielle Gleichstellung mit Asylsuchenden die deutschen Arbeitsmarkt-Outsider nicht mindestens ebenso auf den Plan rufen wie die Insider, sind sie doch direkt von ihr betroffen? Und sollten die Insider im vom Strukturwandel geschüttelten Großbritannien nicht mindestens ebenso wie in Deutschland mit Verunsicherung auf die zunehmende Konkurrenz auf den Arbeitsmärkten, insbesondere die Lohnkonkurrenz, und die Konkurrenz um die öffentlichen Dienstleistungen reagieren? Zumal sie ja gehalten sind, die zunehmende Konkurrenz mit den Arbeitsmigranten durch die aus Steuermitteln finanzierten *in-work benefits* zu subventionieren?

Meine Vermutung ist, dass wir zu deutlichen Abstrichen an der Diagnose des deutschen Populismus als Insider-Protest gelangen würden, würden wir der Analyse der AfD-Wahl eine Analyse der Wahlabstinz an die Seite stellen. Beide Phänomene lassen sich als Varianten desselben Grundproblems interpretieren. Gelangen ökonomisch Abgehängte zu der Einsicht, dass sie von *überhaupt* keinen Repräsentanten der politischen Elite mehr Verbesserungen ihrer Lage zu erwarten haben, dann ist das nicht weit weg von jener Motivlage, die andere zur Wahl rechtspopulistischer Parteien führt. Auf der Ebene individueller Einstellungen und Verhaltensweisen ist Wahlabstinz gewissermaßen ein Populismus zum Quadrat, eine besonders nachhaltige Abwendung von den politisch Etablierten.

Die Wahlabstinz nun finden wir, wie die Arbeiten von Armin Schäfer verdeutlichen, besonders ausgeprägt in den unteren Schichten vor. Auch in den wohlhabenderen Städten konzentriert sich die Nichtwahl auf die benachteiligten Stadtteile (die Einzelheiten finden sich in Kap. 7 [dieses](#) Bandes). Genau diese Enttäuschten konnte die AfD bei den vergangenen Wahlen zum Teil wieder zur Wahlteilnahme motivieren. Wir haben es also mit einer Gruppe zu tun, die mit gesteigerter Wahrscheinlichkeit zwischen Wahlenthaltung und AfD-Wahl alterniert – was erneut die Vermutung stützt, dass wir es hier mit Erscheinungsformen ein und desselben Gesamtphänomens zu tun haben. Wie auch immer: Ich meine, dass eine Berücksichtigung der Nichtwahl als mögliche Folge eines grundlegenden Merkmalgemischs, das unter anderem *auch* die Wahrscheinlichkeit der AfD-Wahl erhöht, den Befund eines hierzulande besonders Insider-getriebenen Populismus relativieren würde.^[1]

Man müsste die Jahre seit 2015 schon in einer Höhle verbracht haben, um nicht zu sehen, warum Philip Manows „Die Politische Ökonomie des Populismus“ nicht nur für am Thema interessierte Sozialwissenschaftler, sondern insbesondere auch für politisch Progressive ein *must read* ist. Aus meiner Sicht geht es nicht um die Frage, ob man alle Verästelungen der vom Autor angebotenen politökonomischen Interpretation teilt. Angesichts der aktuellen Debatten geht es vor allem um die Frage, ob man *überhaupt* bereit ist, sozio-ökonomische Problemstellungen als Mitverursacher des Phänomens zu erkennen. Diese Bereitschaft ist, wie wir alle wissen, keine Selbstverständlichkeit. Ihre Abwesenheit zieht sich durch alle – in dieser Frage gespaltenen, mitunter intern verfeindeten – Organisationen des Mitte-Links-Spektrums. Und so auch die selbstgerechte Abkanzlung jener, die mit dem Kosmopolitismus der Globalisierungsgewinner nichts anfangen können (erschütternd: „Wir weinen den AfD-Wählern keine Träne nach“).

Freilich weist auch eine noch so verdienstvolle Analyse noch keinen Lösungsweg. Welches Politikangebot können progressive Kräfte den für populistischen Protest und politische Abstinz Anfälligen machen? Wie gelangen wir zu einem faireren Interessenausgleich zwischen den Gewinnern und den Verlierern der Globalisierung? Wo genau verläuft die Grenze zwischen dem legitimen und notwendigen Schutz sozialen Zusammenhalts einerseits und traditionalistischem Nativismus andererseits? Die Arbeit an diesen Fragen hat kaum begonnen. Sie erfordert Disziplin und gegenseitigen Respekt. Die Diskursformen, die sich in weiten Teilen des progressiven Spektrums eingenistet haben, zeugen leider vom Gegenteil und schrecken zudem jene ab, die durch progressive Politik eigentlich einmal vertreten werden sollten. Aus genau diesem Grund suchen viele Progressive ihre Wege derzeit außerhalb der etablierten Organisationen.

[1] Man muss wohl auch sehen, dass ja nicht nur im Ländervergleich, sondern auch innerhalb von Ländern mehrere Logiken gleichzeitig am Werk sein können. Möglicherweise fängt der Befund des vergleichsweise ausgeprägten deutschen Insider-Populismus vor allem jene Wähler ein, die sich in der zur Mitte gerückten Union – Mindestlohn, Abschaffung der Wehrpflicht, gleichgeschlechtliche Ehe, Atomausstieg – nicht mehr aufgehoben fühlen. Diese Wähler würden der AfD wahrscheinlich eine nichtpopulistische, aber stramm konservative Partei vorziehen. Aber das sind freihändige Überlegungen ohne gesicherte Grundlage.

Veröffentlicht am: 12.12.2018

Erschienen unter: <https://makroskop.eu/2018/12/die-politische-oekonomie-des-populismus/>